

Inflation auf Zweieinhalb-Jahreshoch

Die Teuerung in Deutschland steigt erneut und wird für die EZB zum Problem. Denn wegen der Schuldenkrise in den Problemstaaten kann sie die Zinsen kaum erhöhen. Analysten rechnen mit Inflationen bis zu drei Prozent.

Trotz des nachlassenden Aufschwungs zieht die Inflation in Deutschland wieder an. Im Juli kosteten Waren und Dienstleistungen durchschnittlich 2,4 Prozent mehr als ein Jahr zuvor, das teilte das Statistische Bundesamt am Mittwoch nach einer ersten Schätzung mit. Kräftig steigende Preise für Benzin, Heizöl und Strom sorgten dafür, dass die Inflationsrate wieder auf das Zweieinhalb-Jahreshoch von April kletterte.

"Das Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht", sagte Thilo Heidrich von der Postbank. "Die Erzeuger- und die Importpreise sorgen weiter für Druck. Die Inflation dürfte gegen Ende des Jahres auf dem Höhepunkt bei 2,8 oder 2,9 Prozent liegen." Unicredit-Experte Alexander Koch geht davon aus, dass zahlreiche Unternehmen die Chance nutzen wollen, steigende Kosten weiterzureichen. "Viele Firmen wollen in nächster Zeit ihre Preise noch anheben." Deshalb werde auch die Inflation weiter anziehen. "Zum Jahresende könnten wir an der Drei-Prozent-Marke kratzen."

Bis zu einer Teuerung von knapp unter zwei Prozent sieht die Europäische Zentralbank (EZB) stabile Preise gewährleistet. Anfang Juli hat sie im Kampf gegen die Inflation die Leitzinsen im Euro-Raum auf 1,5 Prozent erhöht. Kommenden Donnerstag werden die Währungshüter bei ihrer Zinssitzung nach Ansicht von Experten allerdings nicht weiter nachlegen. Für schwächelnde Euro-Staaten, die sich mit der Erholung ohnehin schwer tun, mag dies ein gutes Zeichen sein. Für die heimische Wirtschaft eher nicht, betont Commerzbank-erin Ulrike Rondorf: "Die EZB kann ihre Geldpolitik nicht an der prosperierenden deutschen Wirtschaft ausrichten, was die Inflationsrisiken in Deutschland beträchtlich erhöht."

Mehr zum Thema

[FTD-Interview mit Christian Noyer](http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/ftd-interview-mit-christian-noyer-ezb-ratsmitglied-verwirrt-devisenhaendler/60083754.html) EZB-Ratsmitglied verwirrt Devisenhändler

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/anleihen-devisen/ftd-interview-mit-christian-noyer-ezb-ratsmitglied-verwirrt-devisenhaendler/60083754.html>)

[Hohe Inflation](http://www.ftd.de/politik/international/:hohe-inflation-indiens-notenbank-hebt-leitzins-auf-acht-prozent-an/60083800.html) Indiens Notenbank hebt Leitzins auf acht Prozent an

(<http://www.ftd.de/politik/international/:hohe-inflation-indiens-notenbank-hebt-leitzins-auf-acht-prozent-an/60083800.html>)

[Infografik](http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:infografik-inflation-in-der-eurozone/60070860.html) Inflation in der Eurozone

(<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:infografik-inflation-in-der-eurozone/60070860.html>)

[Infografik](http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:infografik-inflation-in-deutschland/60070878.html) Inflation in Deutschland

(<http://www.ftd.de/politik/konjunktur/:infografik-inflation-in-deutschland/60070878.html>)

[Geldwertverlust](http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/:geldwertverlust-anleger-muessen-inflation-im-blick-behalten/60078962.html) Anleger müssen Inflation im Blick behalten

(<http://www.ftd.de/finanzen/maerkte/:geldwertverlust-anleger-muessen-inflation-im-blick-behalten/60078962.html>)

Mehr zu: [Euro](#), [Inflation](#)

In Nordrhein-Westfalen und in Baden-Württemberg schnellte die Jahreststeuerung je auf 2,7 Prozent hoch. Im NRW war es der höchste Stand seit August 2008, im Südwesten der höchste Stand seit Oktober 2008. Ohne Mineralölprodukte wie Heizöl und Kraftstoffe hätte die Inflationsrate in Baden-Württemberg nach Angaben des Statistikamtes nur bei 1,9 Prozent gelegen. Die Bürger mussten beim Tanken deutlich mehr zahlen als vor Jahresfrist. In den einzelnen Bundesländern kostete Kraftstoff zwischen elf und rund 13 Prozent mehr. Auch Gas und Strom wurden teurer.

Wie im Ferienmonat Juli üblich mussten die Deutschen höhere Preise für Pauschalreisen und Übernachtungen zahlen als im Vormonat. Deshalb stiegen die gesamten Verbraucherpreise im Vergleich zum Juni um 0,4 Prozent und damit etwas stärker als erwartet. Details wollen die Statistiker am 10. August vorlegen.

reuters, 27.07.2011

© 2011 Financial Times Deutschland